



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 17.08.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 24.03.2011, 15:30 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	ab 15:55 Uhr
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	bis 17:48 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der StadtAG Seniorenpolitik	
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik	bis 18:15 Uhr

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier
Herr Manfred Kaune
Frau Anke Ludwig
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Peter Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Gäste

Frau Roswitha Friske	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller	Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene im Gesundheitsamt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan	KIM
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Anschließend weist sie auf die aktuellen Tagesordnungen und deren Erweiterungen sowie fünf Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün und einer Tischvorlage im Betriebsausschuss hin.

Zuzusetzen seien demnach:

I. Öffentlicher Teil

- 3.1.1 Patenschaften für denkmalgeschützte Grabanlagen
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
0742/2011
- 3.2 Krematorium in Köln
Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011
AN/0606/2011
- 3.3 Jüdische Friedhöfe in Köln
Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011
AN/0615/2011
- 5.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010
Strukturen in der Umweltbildung
1114/2011
- 6.19 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002,
hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
- 6.20 Neubau Betriebshof Westfriedhof, Venloer Str. 1132, Köln-Vogelsang
Baubeschluss
1135/2011
Tischvorlage; die Dringlichkeit der Vorlage wird auf Seite 2 oben begründet.
- 9.5 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011
- 9.6 Chemie im Dialog
Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010
hier: Zusatzfragen aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 20.01.2011; 1074/2011

RM Herr Kienitz bittet TOP 6.19 zu vertagen, da die CDU-Fraktion zu diesem Punkt noch Beratungsbedarf hat und 6.14 ebenfalls zu vertagen und die Bezirksvertretung Chorweiler darüber vorab beraten zu lassen.

RM Herr Bacher schlägt vor, TOP 6.20 schon allein aus Fristengründen zu vertagen, da sich die SPD-Fraktion zu der Tischvorlage noch keine abschließende Meinung habe bilden können.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller schließt sich der Meinung ihres Vorredners an. Sie könne die Dringlichkeit nachvollziehen, habe aber kein Verständnis dafür, wenn eine derartige Beschlussvorlage dem Ausschuss als Tischvorlage präsentiert werde.

Nach einer weiteren Diskussion, in der Herr Kaune die seit 2005 andauernden unhaltbaren Zustände – insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Westfriedhofs – schildert, lehnt der Ausschuss Umwelt und Grün die Dringlichkeit der Beschlussvorlage zu TOP 6.20 ab.

Die Ausschussmitglieder legen die Tagesordnungen wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Beantwortung der Fragen von Herrn SE Koberg in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 17.02.2011
hier: Die Entwicklung der urbanen Parkgewässer in Köln
0824/2011

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

- 3.1 Patenschaften für denkmalgeschützte Grabanlagen
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2011
AN/ 0431/2011

- 3.1.1 Antwort der Verwaltung
0742/2011

- 3.2 Krematorium in Köln
Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011
AN/0606/2011

- 3.3 Jüdische Friedhöfe in Köln
Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011
AN/0615/2011

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 5.1 Strukturen in der Umweltbildung
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010
AN/ 2016/2010

- 5.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010
Strukturen in der Umweltbildung
1114/2011

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 6.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010
- 6.2 Friedhof Melaten - Realisierung des Skulpturenwettbewerbsergebnisses zum 200-jährigen Jubiläum
2. Durchgang
5445/2010
- 6.3 Bebauungsplan Nr. 75450/04 in Köln Brück
Arbeitstitel: Im Oberen Bruch
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
2. Durchgang
5039/2010
- 6.4 Baumersatzpflanzungen
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts
4836/2010
- 6.5 Entwicklungskonzept Finkens Garten
0310/2011
- 6.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss zum Abschluss eines Wartungsvertrages für die technische Anlage des Kölner Krematoriums
0192/2011
- 6.7 Sanierung Äußerer Grüngürtel - Neusser Landstraße / Militärringstraße
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts
0394/2011

- 6.8 Sanierung Äußerer Grüngürtel - Stadtwald
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
0409/2011
- 6.9 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim (02-1600-55/10)
4632/2010
- 6.10. Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkante in Müngersdorf"
0031/2011
"Mittelterrassenkante in Müngersdorf"
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 24.03.2011
AN/0684/2011
- 6.11 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0253/2011
- 6.12 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz
4959/2010
- 6.13 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See
5406/2010
- 6.14 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen
0389/2011
zurückgestellt
- 6.15 Bedarfsfeststellung Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung
0845/2011
- 6.16 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz
0979/2011
- 6.17 Beschaffung von 9 Schmalspurtraktoren
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0241/2011
- 6.18 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG)
0925/2011

6.19 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
zurückgestellt

6.20 Neubau Betriebshof Westfriedhof, Venloer Str. 1132, Köln-Vogelsang
Baubeschluss
1135/2011
abgesetzt

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

9.1 Energiebericht 2010
0242/2011

9.2 Prüfung der Möglichkeiten zum Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus.
4953/2010

9.3 Untersuchung von Quecksilberbelastungen bei Energiesparlampenbruch in Kooperation mit dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Erlangen/Nürnberg
0482/2011

9.4 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten
0789/2011

9.5 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011

9.6 Chemie im Dialog
Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010
hier: Zusatzfragen aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 20.01.2011
1074/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
- 18.1 Neuer Betriebshof für die Ämter Landschaftspflege und Grünflächen, Straßen und Verkehrstechnik und Sportamt
0435/2011

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Keine.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung der Fragen von Herrn SE Koberg in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 17.02.2011 hier: Die Entwicklung der urbanen Parkgewässer in Köln 0824/2011

SE Herr Koberg bemängelt die Beantwortung der ersten Frage. Die zweite Frage, die das Speise-Ablauf-Regime zum Inhalt hatte, sei ebenfalls nicht zufriedenstellend beantwortet. Auch die dritte Frage sei mit einer Paraphrasierung der gesetzlichen Vorgaben nicht beantwortet worden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Patenschaften für denkmalgeschützte Grabanlagen Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2011 AN/ 0431/2011

3.1.1 Antwort der Verwaltung 0742/2011

RM Herr Bacher regt an, die Denkmalbehörde zu einer der nächsten Sitzungen in den Ausschuss einzuladen, um über diese Angelegenheit, die von großer Bedeutung für den Denkmalschutz und die denkmalwürdigen Grabmale sei, miteinander in den Dialog zu treten.

Die Ausschussvorsitzende schließt sich ihrem Vorredner an.

RM Herr Kienitz stimmt dem Vorschlag von Herrn Bacher zu. In dieser sensiblen Sache sei die Dialogfähigkeit von allen Beteiligten gefragt. Herr Kienitz bittet die Denkmalschutzbehörde, in einer Ausschusssitzung das komplette Verfahren von Anfang an

darzustellen und außerdem darüber zu informieren, wie viel Geld der Stadt Köln in den letzten drei bis vier Jahren durch solche Patenschaften erspart worden sei.

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, wie viel denkmalwürdige Grabstätten in den letzten drei Jahren abgeräumt werden mussten, weil äußere Einflüsse wie Witterung u. ä. sie zerstört haben und ob bei der Verwaltung eine Prioritätenliste über sanierungsbedürftige Infrastruktur auf den Friedhöfen, wie Trauerhallen, Mauern und andere Gebäude sowie Grabmalen existiert.

SE Frau Reiff merkt an, es gebe schützenswerte Grabmale nicht nur auf den großen, sondern auch auf den kleinen Ortsfriedhöfen. Man sollte die Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren, diese Grabmale zu erhalten, was bereits in vielfältiger Weise getan werde.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller regt an, bei einer Behandlung des Themas "Denkmalschutz" im Ausschuss Umwelt und Grün sich auf die Friedhöfe zu konzentrieren. Sie bittet, die Stadtkonservatorin und Leiterin des Amtes für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Frau Dr. Kaymer, zu einer der nächsten Sitzungen in den Ausschuss einzuladen, um einen Vortrag zu diesem Thema zu halten.

3.2 Krematorium in Köln **Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011** **AN/0606/2011**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

3.3 Jüdische Friedhöfe in Köln **Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.03.2011** **AN/0615/2011**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

SB Herr Dr. Albach regt an, die Beantwortung mit dem Thema zu TOP 3.1 (Patenschaften für denkmalgeschützte Grabanlagen) in einem Vortrag zu verbinden.

Die Beigeordnete sagt eine entsprechende Weitergabe an das Amt für Denkmalschutz zu.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Anfrage von RM Herrn Kienitz **Erinnerung an die Beantwortung der schriftlichen Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung betr. kommunale Ökokonten**

RM Herr Kienitz fragt nach dem Sachstand der Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 29.06.2010 hinsichtlich der Einrichtung kommunaler Ökokonten in Köln.

Beigeordnete Frau Reker sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

4.2 Anfrage von RM Herrn Kienitz Sachstand Stellenbefristung Ökoprofit

RM Herr Kienitz fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Beschlusses zur Fortführung des Projektes Ökoprofit und der damit verbundenen personellen Ausstattung. Die Stelle im Umweltamt sei nach Informationen der CDU-Fraktion bis Mitte April 2011 befristet. Hier müsse auf der Grundlage des Beschlusses eine Klärung dieser Situation herbeigeführt werden.

Die Beigeordnete informiert darüber, dass die Verwaltung nach Kräften daran arbeite, das Projekt weiterzuführen und die Weiterbeschäftigung dort sicherzustellen. Sie gehe davon aus, dass dies gelingen werde.

4.3 Anfrage von RM Herrn Bacher Kooperationsgrabfelder für Köln-Mülheim und den Südfriedhof

RM Herr Bacher spricht die vom Rat beschlossenen Kooperationsgrabfelder für Mülheim und Südfriedhof an. Er fragt, ob die Denkmalbehörde sich beklagt habe, dass sie in den Entscheidungsprozess nicht einbezogen gewesen sei. Falls sie, unabhängig von den Beschlüssen des Rates, eine eigene Position einnehme, sei dies für ihn nicht nachvollziehbar. Er möchte auch wissen, ob die Denkmalbehörde eine ordnungsbehördliche Verfügung angedroht habe, wenn der Beschluss des Rates zu den Kooperationsgrabfeldern in dieser Form umgesetzt werde.

Herr Bacher regt an, dieses Thema ebenfalls mit der Denkmalbehörde zu diskutieren

Herr Kaune informiert darüber, dass das Thema "Kooperationsgrabfelder" und die einzelnen Vorlagen mit der Denkmalbehörde diskutiert worden seien und ein intensiver Kontakt mit der Behörde bestehe. Es seien tatsächlich Probleme aufgetreten, so dass die Grünverwaltung mehr oder weniger als Moderator fungiert habe. Zwischen der Genossenschaft der Friedhofsgärtner und der Denkmalbehörde haben Gespräche stattgefunden und man sei inzwischen auf einem guten gemeinsamen Weg. Wenn es um den Denkmalschutz auf Friedhöfen gehe, könne man dieses Thema sicherlich ansprechen.

Es sei natürlich problematisch, wenn nicht nur einzelne Grabdenkmäler sondern ganze Friedhöfe unter Denkmalschutz gestellt worden seien. Er gehe aber davon aus, dass, bei individueller Betrachtung, die Denkmalbehörde bei der einen oder anderen Lokalität von ihrer Haltung abweichen werde.

Abschließend sichert Herr Kaune zu, dass die Verwaltung den Ausschuss Umwelt und Grün darüber informieren werde, sollten Beschlüsse dieser Art nicht umgesetzt werden.

4.4 Anfrage von SE Herrn Donath Anleinplicht für Hunde in der Dellbrücker Heide

SE Herr Donath spricht die Situation in der Dellbrücker Heide an. Ihm falle auf, dass die Hunde noch nicht angeleint seien. Ihm sei in Erinnerung, dass die Vogelbrutzeit beginne und zu einem bestimmten Termin Anleinplicht für Hunde bestehe.

Er fragt nach den Regeln und ob diese der Bevölkerung, z. B. im Rahmen einer Pressemitteilung, übermittelt werden könnten.

Herr Kaune sagt zu, dies als Anregung mitzunehmen.

4.5 Anfrage von RM Frau Frebel Erinnerung an die Beantwortung der mündlichen Anfrage betr. Kreisverband Kleingärtnervereine

RM Frau Frebel erinnert an ihre mündliche Anfrage, die sie im Oktober 2010 gestellt habe und den Kreisverband der Kleingärtnervereine betraf. Ein wichtiger Punkt der Anfrage sei der Generalpachtvertrag des Kreisverbandes mit der Stadt Köln gewesen. Sie erinnere jetzt zum dritten Mal in Folge an deren Beantwortung und fordere die Verwaltung auf, bis zur Ausschusssitzung im Mai, ihre Anfrage zu beantworten.

Herr Kaune informiert darüber, dass die Verwaltung einen Gutachter beauftragt habe, um die Rechtswirksamkeit der Kündigung des Generalpachtvertrags zu prüfen. Der Gutachter habe am 10.12.2010 die Stellungnahme vorgelegt. Daraufhin habe die Liegenschaftsverwaltung den Kreisverband angeschrieben. Am 31.03.2011 ende die Frist für eine Stellungnahme des Kreisverbandes. Bisher habe man noch keine erhalten. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Kündigung rechtmäßig gewesen sei und werde sich entsprechend verhalten.

4.6 Anfrage von SB Herrn Dr. Albach Kolumbarium in Köln-Weiß

SB Herr Dr. Albach spricht einen einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen an, eine Spende zur Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof in Köln-Weiß anzunehmen und dort ein Kolumbarium einzurichten. Er befürworte trotz hoher Kosten diese Einrichtung, wenn es eine Nachfrage gebe und bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob diese beabsichtige, die nächste Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung sowie die Friedhofsgebührensatzung für die Urnenbestattung in Kolumbarien entsprechend zu ergänzen.

Frau Reker informiert darüber, dass eine Stellungnahme der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün erfolgt.

4.7 Anfrage von SB Herrn Dr. Albach B-Pläne in Köln-Porz und Köln-Mülheim/Flittard

SB Herr Dr. Albach spricht Baumfällungen an, die ein Investor in Porz durchgeführt habe, bevor das entsprechende Bebauungsplan-Verfahren abgeschlossen gewesen sei. Die gleiche Vorgehensweise vermute er in Flittard, wo auch im Vorgriff auf einen noch nicht endgültig beschlossenen Bebauungsplan der Investor Bäume fälle. Er bitte die Verwaltung um Stellungnahme dazu.

Herr Moers informiert darüber, dass die Verwaltung in beiden Fällen aktiv sei.

4.8 Anfrage von SB Herrn Dr. Albach Unkrautvernichtungsmittel in Naturschutzgebieten

SB Herr Dr. Albach spricht den Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln in Naturschutzgebieten (NSG) an und fragt, ob die Stadt Köln tatsächlich dies akzeptiere, wenn es darum gehe, das Mahdgut mit Hilfe hochgiftiger Nicinsäureester (Stichwort: "Jakobskreuzkraut") zu befreien.

Er möchte wissen, warum dies nur für die NSG 1 und 4 im rechtsrheinischen Norden freigegeben werde, ob es das Problem ausschließlich im rechtsrheinischen Norden

gebe oder ob man in Köln grundsätzlich ein Problem mit Jakobskreuzkraut habe. Auch andere NSG würden zur Mahd genutzt, so dass auch dort Mahdgut anfalle.

Herr Moers geht davon aus, dass es sich um einen konkreten Befreiungsantrag im Landschaftsbeirat handle. Er erläutert, dass die Antragsteller nur für den Kölner Norden die Befreiung beantragt haben. Er habe bereits im Beirat deutlich gemacht, dass dies generell geregelt werden sollte, weil sich die Problematik auch andernorts stelle. Man brauche natürlich einen Antragsteller. Auf Basis dieser Bescheidung beabsichtige man, zukünftig im Schnellverfahren per Anruf bei dem / der Beiratsvorsitzenden eine Eilentscheidung herbeizuführen und anschließend die Landwirtschaftskammer zu informieren.

4.9 Anfrage von SE Frau Grosser Hundefreilaufplätze in Flittard

SE Frau Grosser fragt, wo es im Raum Stammheim und Flittard Hundefreilaufplätze bzw. die Behältnisse für den Hundekot gebe.

Herr Kaune antwortet, dass diese Informationen im Internet der Stadt Köln aufgeführt seien.

4.10 Anfrage von SE Herrn Resch Leinenzwang in Köln

SE Herr Resch bezieht sich auf den Leinenzwang in Köln, der sich auf die Landeshundeverordnung stütze. Dort stehe, dass Leinenzwang in "befriedeten Bezirken" angesagt sei. Herr Resch möchte wissen, was unter einem "befriedeten Bezirk" zu verstehen sei und wie die Grenze optisch dargestellt sei. Dieser Begriff sei seiner Meinung nach nicht klar definiert.

Frau Reker informiert, dass die Ordnungsbehörde dazu ein Faltblatt herausgeben wolle.

4.11 Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann Bilanzieller Wert von Bäumen

RM Herr Welpmann fragt, hinsichtlich eines in der Presse veröffentlichten Berichtes über den bilanziellen Wert von Bäumen im Stadtgebiet, der mit 745,00 € angesetzt worden sei, wie viel ein einzelner Baum tatsächlich wert sei. Außerdem möchte er wissen, ob der Wertzuwachs, den ein solcher Baum durch Wachstum erreiche, keine Rolle spiele bzw. warum Bäume, die 10 oder 20 Jahre alt und vital seien, nicht mehr wert seien, als Bäume, die lediglich 2 Jahre alt seien.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Strukturen in der Umweltbildung Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010 AN/ 2016/2010

5.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010 Strukturen in der Umweltbildung 1114/2011

SB Herr Dr. Albach begründet noch mal den Antrag, der in der Sitzung am 09.12.2010 vertagt wurde, und hebt die unterschiedliche Finanzierung der unterschiedlichen Anbieter von Umweltbildung hervor. Während die Arbeit einiger städtischer Träger völlig gesichert sei, müssten andere, ebenfalls städtische Anbieter, mit größter Mühe um Gelder bitten, ohne zu wissen, ob sie im nächsten Jahr ihre Arbeit fortsetzen können. Dann gebe es noch die Anbieter auf dem "freien Markt".

Als Beispiel für die gesicherte Finanzierung nennt er Umweltbildung aus "städtischen Gesellschaften", wo die Stadt Köln auf Mieten und die "Abführung von Gewinnen" verzichte.

Wichtig für die FDP-Fraktion sei die transparente Darstellung der Kriterien für die unterschiedliche Finanzierung.

RM Frau Welcker betrachtet die beantragte Vernetzung der unterschiedlichen Angebote positiv. Sie erklärt, die CDU-Fraktion könne dem Antrag zustimmen, frage jedoch nach der entsprechenden personellen Besetzung bzw. nach freien Kapazitäten für ein solches Programm.

RM Herr Dr. Welpmann bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung. Das, was dort angekündigt werde, reiche nach Meinung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus. Diese lehne den Antrag der FDP-Fraktion ab, da es keine Notwendigkeit dafür gebe

Beigeordnete Frau Reker macht deutlich, die Verwaltung sei natürlich an Umweltbildung interessiert. Sie werde, wenn möglich, andere Initiativen und Verbände unterstützen, allerdings nicht mit einer finanziellen Förderung und wolle hier auch keine Führungsrolle übernehmen.

Herr Liebmann stellt fest, die Stadt Köln habe sich bundesweit als eine der ersten Verwaltungen der Umweltbildung angenommen. Man habe seit vielen Jahren seine Aufgabe darin gesehen, eine Koordinierungsfunktion zu übernehmen, was an den vielfältigen Aktivitäten der Vergangenheit ablesbar sei. Allerdings ende dies bei der finanziellen Förderung, da man keinerlei Finanzausstattung besitze, um externe aber auch interne Umweltbildungseinrichtungen zu fördern.

Wie bereits in der Stellungnahme ausgeführt, begrüße die Verwaltung die Eigeninitiative der verschiedenen Bildungseinrichtungen und sei auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet. Herr Liebmann betont, es handle sich um eine freiwillige Aufgabe und man sei nicht mit den personellen Ressourcen ausgestattet, um dem Antrag in vollem Umfang gerecht zu werden.

Seit dem 01.03.2011 sei man wieder in der Lage, ein integriertes, ganzheitliches Umweltbildungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen, so wie dies im Bürgerhaushalt beantragt worden sei. Danach werde sich evtl. ein Maßnahmenprogramm entwickeln. Ob dafür eine finanzielle und personelle Ausstattung zur Verfügung gestellt werde, müsse dann entschieden werden.

Die Verwaltung unterstütze durchaus die Zielrichtung des Antrags der FDP-Fraktion, sehe aber schon sehr starke Überschneidungen zum bereits beschlossenen Bürgerantrag.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion bekräftigt SB Herr Dr. Albach die Verzahnung, Steuerung und den sowohl inhaltlichen, als auch finanziellen Abgleich des städtischen Umweltbildungsangebotes.

Beigeordnete Frau Reker hebt die Vielfalt des Themas "Umweltbildung" und die unterschiedlichen Angebote der zahlreichen öffentlichen und privaten Träger positiv hervor.

RM Frau Welcker stimmt ihrer Vorrednerin zu. Ein breites Angebot und die vielen Möglichkeiten, sich an unterschiedlichen Stellen mit unterschiedlichen Themen zu befassen, böten gerade ein ganz großes Plus im Bereich Umweltbildung.

RM Frau Dr. Müller schließt sich ebenfalls den Aussagen von Frau Recker und Frau Welcker an. Man wolle nicht die unterschiedlichen Ansätze gegeneinander stellen und über den besten Ansatz entscheiden und die beste Zielgruppe finanzieren.

Abschließend beantragt RM Herr Dr. Welpmann, den Antrag für erledigt zu erklären.

Die Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün erklärt den Antrag der FDP-Fraktion für erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

**6.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010**

RM Herr Bacher erklärt, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und daher bitte, die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss zu geben.

RM Frau Welcker macht für die CDU-Fraktion deutlich, man werde sich der Bitte nicht verschließen. Ihr sei es jedoch wichtig, ein umweltpolitisches Meinungsbild weiterzugeben. Sie kritisiere allerdings auch die Vorlage der Verwaltung, die nicht dazu diene, eine Entscheidung zu treffen. Es fehle eine Struktur sowie eine Aussage über den dritten Bauabschnitt und darüber, wohin die Strecke nach dem Verteilerkreis führe, um dann auch den bestmöglichen Platz für ein Parkhaus zu finden. Nach Abwägung aller Interessen komme aus Sicht der CDU-Fraktion nur der Standort A oder B in Frage. Standort D komme aus verschiedenen Gründen nicht in Frage, vor allem auch, weil die Anwohner dort zu sehr belastet würden und das Parkhaus in der Form so nicht angenommen würde.

RM Herr Dr. Welpmann schließt sich hinsichtlich des Beratungsbedarfs der Aussage von Herrn Bacher an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen tendierten jedoch zu Standort D. Wie er schon in der letzten Sitzung gesagt habe, müsse der Eingriff in D dahingehend modifiziert werden, dass das geplante Gebäude weiter nach Westen verschoben werde, so dass der Eingriff in den Baumbestand entlang der Bonner Straße entweder minimiert oder besser noch komplett vermieden werde.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller ergänzt, es müsse ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es wichtig, dass dieser Ausgleich ortsnah vorgenommen werde. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Rahmen dieser erforderlichen Ausgleichsmaßnahme ein Rückbau der älteren, dem Rhein zugewandten, Tankstelle und eine Entsiegelung der Fläche vorgenommen werden könne.

SB Herr Dr. Albach möchte hinsichtlich der Nachnutzung der Tennisplätze wissen, ob nur zwei bis drei Tennisplätze entfernt und die anderen Tennisplätze weiter genutzt werden oder ob die Tennisplätze insgesamt für Aufforstungsmaßnahmen und damit für Ausgleich zur Verfügung stünden. Außerdem interessiere ihn, was die Beschlusslage von Rodenkirchen für den Baumbestand bedeute.

Herr Schulz vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt informiert darüber, dass sich sowohl in Standort A, als auch in B die Wasserschutzzone II des Wasserwerkes Hochkirchen befinde. Arbeiten auf Standort A könnten nur auf den versiegelten Flächen stattfinden. Sollte ein Ausbau auf Standort B über die bis jetzt versiegelte Fläche hinaus erfolgen, kämen ebenfalls die Vorschriften (Verbotsgegenstände) der Wasserschutzgebietsverordnung zum Tragen. Auch käme eine Entsiegelung beider Flächen (A und B) möglicherweise nicht in Frage, da es sich um Altstandorte handeln könnte, die eine Versiegelung geeigneter erscheinen ließen.

Auf Nachfrage von RM Frau Dr. Müller, ob allein aus wasserschutzrechtlichen Gründen eine Untertunnelung des Militärrings nicht möglich sei, erläutert Herr Schulz, grundsätzlich seien alle Erweiterungen von Schienen- und Verkehrswegen in diesen Bereichen, auch im Verteilerkreis selbst, Verbotstatbestände. Bei vernünftiger Begründung gebe es aber immer Möglichkeiten, dies müsse dann im Einzelnen geprüft werden.

Abschließend stellt die Ausschussvorsitzende die Verweisung ohne Votum in den Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 Friedhof Melaten - Realisierung des Skulpturenwettbewerbsergebnisses zum 200-jährigen Jubiläum
2. Durchgang
5445/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung, den Siegerentwurf des Skulpturenwettbewerbes anlässlich des Jubiläums „200 Jahre Friedhof Melaten“ zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Bebauungsplan Nr. 75450/04 in Köln Brück
Arbeitstitel: Im Oberen Bruch
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
2. Durchgang
5039/2010**

RM Herr Bacher schlägt vor, wie die BV Kalk abzustimmen.

Die Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt das Konzept für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Bebauungsplan Nr. 75450/04 in Köln Brück mit dem Arbeitstitel „Im Oberen Bruch“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die vorgesehenen Maßnahmen bei gesicherter Finanzierung, dem Baufortschritt entsprechend, **unter Berücksichtigung folgender Änderungen** zu realisieren:

- 1. Das nördlich an die Maßnahmengrenze anschließende, südlich von der Tennishalle an Eiskaulenweg und Astrid-Lindgren-Allee sowie westlich Oberer Bruchweg gelegene, im Eigentum der Stadt Köln befindliche, bislang im Bebauungsplan noch zur Bebauung vorgesehene Grundstück, soll in die Maßnahme mit einbezogen werden; das Bebauungsplan-Änderungsverfahren (Ausschluss von Wohnbebauung, Festsetzung von Grünfläche) ist bereits eingeleitet.**
- 2. Auf dieser Teilfläche sollen Baumpflanzungen und ein bis zwei der Strauchpflanzungen (Maßnahme 7) vorgenommen werden.**
- 3. Die Maßnahmendichte (Baum und Strauchpflanzungen) südwestlich des Eiskaulenweges (Maßnahme 7) wird im Gegenzug entsprechend reduziert. Damit wird bei gleicher Qualität der Ausgleichsmaßnahme erreicht, dass die Sichtbeziehungen in den Freiraum nicht durch zu dicht angelegte Strauch- und Baumpflanzungen beeinträchtigt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Baumersatzpflanzungen
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des
Bürgerhaushalts
4836/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen für Maßnahmen des Bürgerhaushalts in Höhe von 200.000,- € für Baumpflanzungen. Die Freigabe erfolgt aus den im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagten Aufwandsermächtigungen, Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Entwicklungskonzept Finkens Garten 0310/2011

RM Herr Bacher begrüßt das Entwicklungskonzept und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Er fragt hinsichtlich des ergänzten Beschlussvorschlags der BV Rodenkirchen, ob dieser notwendig sei.

Anschließend verweist er auf Seite 5 der Anlage 1. Hier sei unter Punkt 4 (Zielsetzung) die Gründung eines Fachbeirates aufgeführt. Er beantragt aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung, auch Vertreter des Ausschusses Umwelt und Grün in den Fachbeirat mit einzubeziehen.

Herr Kaune erwidert, die Anpassung an die Ziele sei im Konzept enthalten; die Verwaltung habe jedoch kein Problem mit der textlichen Ergänzung. Und wenn gewünscht sei, Ausschussmitglieder in den Beirat zu entsenden, sei auch das kein Problem.

In der anschließenden Diskussion über die Zusammensetzung des Fachbeirates kristallisiert sich heraus, die Möglichkeit einer Entsendung einer Vertreterin / eines Vertreters des Ausschusses Umwelt und Grün in den Fachbeirat als Kann-Bestimmung in den Beschlusstext aufzunehmen.

RM Herr Dr. Welpmann schlägt folgenden Satz vor:

Ferner kann der Ausschuss Umwelt und Grün eine / einen Vertreterin / Vertreter entsenden.

RM Herr Bacher regt an, Frau Welcker in den Beirat zu entsenden.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende über den **ergänzten Beschlusstext** abstimmen:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Inhalte des Entwicklungskonzeptes „Finkens Garten“ zustimmend zur Kenntnis und bekräftigt gleichzeitig seine Absicht, Finkens Garten als Naturerlebnispark langfristig zu erhalten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Ziele des Entwicklungskonzeptes voranzutreiben **und die mit den Akteuren abgeschlossenen Verträge bei Ablauf und Neuabschluss an die Ziele des Konzeptes anzupassen.**

In Anlage 1, Seite 5, Punkt 4 (Zielsetzung) wird im vorletzten Spiegelstrich nach "Die Fraktionen aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen können Vertreter in den Beirat senden" folgender Satz eingefügt: Ferner kann der Ausschuss Umwelt und Grün eine / einen Vertreterin / Vertreter entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende folgenden **Zusatzbeschlusstext** zur Abstimmung:

Zusatzbeschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün entsendet Frau Welcker in den Beirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss zum Abschluss eines Wartungsvertrages für die technische Anlage des Kölner Krematoriums 0192/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales stellt den Bedarf zum Abschluss eines Wartungsvertrages für die technische Anlage des Kölner Krematoriums für eine Laufzeit von fünf Jahren fest und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Sanierung Äußerer Grüngürtel - Neusser Landstraße / Militärringstraße hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes 0394/2011

RM Herr Kienitz erklärt, es sei der CDU-Fraktion wichtig, bei der Planung die Aspekte des Vogelschutzes darzustellen. Er beantragt, diese Aspekte insbesondere unter Punkt 4, 5 und 6 zu berücksichtigen und dies in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Planungsmittelfreigabe in Höhe von 40.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes, Hj. 2011, für die Sanierung des Äußeren Grüngürtels im Bereich Neusser Landstraße / Militärringstraße.

Bei der dem Ausschuss Umwelt und Grün noch vorzustellenden Planung sind die Aspekte des Vogelschutzes, insbesondere unter den Punkten 4, 5 und 6, darzustellen und zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Sanierung Äußerer Grüngürtel - Stadtwald hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes 0409/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Mittelfreigabe für Planungskosten in Höhe von 55.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienst-

leistungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes, Hj. 2011, für die Sanierung des Äußeren Grüngürtels im Bereich des Stadtwaldes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.9 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim (02-1600-55/10)
4632/2010**

SB Herr Dr. Albach beantragt, die mobilen Messstellen auch im Stadtteil Flittard einzusetzen und den Beschlusstext entsprechend zu ergänzen. Außerdem möchte er wissen, ob Chemieanlagen überflogen werden.

SE Frau Röttger-Schulz beanstandet die mangelhafte Druckqualität der Vorlagen. Insbesondere die Seiten mit den Messdaten zu lesen, sei eine Zumutung und sie hätten so nicht gedruckt werden dürfen.

Die Ausschussvorsitzende stimmt Frau Röttger-Schulz zu und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Liebmann erklärt, es handle sich um die Unterlagen des Petenten, die tatsächlich sehr schlecht reproduzierbar und damit auch schlecht lesbar seien. Man werde sich aber um eine bessere Umdruckqualität bemühen.

Zum Antrag von Herrn Dr. Albach sagt Herr Liebmann zu, diesen an die Flughafen Köln/Bonn GmbH weiterzuleiten, damit von dort auch eine mobile Messung für Flittard vorgenommen werde. Hinsichtlich des Überflugs von Chemieanlagen erläutert Herr Liebmann, dass der Anflugkorridor, im Gegensatz zum Abflugkorridor, ihm als komplett breiter Trichter bekannt sei. Bei den Abflugkorridoren gebe es eine "Ideallinie". Insofern komme es häufiger vor, dass die Flugzeuge beim Anflug in ihren Linien variierten.

RM Herr Brust signalisiert zum Antrag von Herrn Dr. Albach Zustimmung seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Er bittet, auch über den letzten Absatz des Beschlusses des Beschwerdeausschusses abzustimmen.

Über die Vorschläge herrscht im Ausschuss Umwelt und Grün Einmütigkeit, so dass die Ausschussvorsitzende den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung stellt.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt, die Flughafen Köln/Bonn GmbH zu bitten, die mobilen Messstellen im Stadtteil Stammheim **und Flittard** einzusetzen. Bei den Lärmmessungen soll das städtische Umwelt- und Verbraucherschutzamt beteiligt und über die Ergebnisse informiert werden. Eine Auswertung dieser Ergebnisse soll dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und dem Ausschuss für Umwelt und Grün vorgelegt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, sich beim Flughafen Köln Bonn für eine Optimierung der Anflugrouten einzusetzen. Die Vertreter der Stadt in der Fluglärmkommission werden gebeten, in der Fluglärmkommission auf eine Verminderung der Fluglärmbelastung der Bevölkerung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.10 Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkante in Müngersdorf"

0031/2011

"Mittelterrassenkante in Müngersdorf"

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 24.03.2011

AN/0684/2011

RM Herr Bacher signalisiert für die SPD-Fraktion Zustimmung zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Man könne jedoch nicht nachvollziehen, weshalb die Verwaltung den aufwendigeren Weg der ordnungsbehördlichen Verordnung gewählt habe.

Herr Bacher zitiert die Ausführungen der Verwaltung auf Seite 3 der Beschlussvorlage, die mit dem Vorbehalt enden, dass die Verwaltung einen Beschluss zur Aufhebung der einstweiligen Sicherstellung einholen und auf die endgültige Unterschutzstellung verzichten müsse, sollten die personellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Daher kündige er für die SPD-Fraktion an, dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen. Darüber hinaus rege er an, zur Erstellung des geologisch-bodenkundlichen Gutachtens den geologischen Dienst NRW in Anspruch zu nehmen.

SB Herr Dr. Albach begründet kurz seinen Antrag. Es sei nicht akzeptabel, wenn die Verwaltung einen Auftrag erhalte und dann im letzten Passus einer Begründung mitteile, sie schaffe es nicht, eine "ganz normale" Unterschutzstellung in 4 Jahren abzuwickeln, wo sie doch in der Lage gewesen sei, Naturschutzgebiete in Köln zu planen, die wesentlich umfangreicher seien. Daher wolle man diesen Passus streichen.

RM Herr Dr. Welpmann schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner uneingeschränkt an und begrüßt den Antrag der FDP-Fraktion ausdrücklich. Er betont, es handele sich bei der Unterschutzstellung lediglich um einen Verwaltungsakt und nicht um eine hochqualifizierte fachliche Arbeit, die bereits erledigt sei. Angesichts von 800 Stellen mit kw-Vermerk könne er nicht begreifen, warum man es nicht schaffe, Verwaltungsressourcen so einzusetzen, dass die nötigen Schriftsätze erzeugt werden. Er weise daher den Passus in der Begründung auf Seite 3 der Beschlussvorlage zurück.

RM Frau Welcker stimmt ihren Vorrednern ebenfalls zu. Der letzte Absatz stoße auf ziemliches Unverständnis. Die CDU-Fraktion begrüße auch den Antrag der FDP-Fraktion und werde ihn unterstützen. Ansonsten hätte man nach einem Jahr nach den personellen Ressourcen gefragt. Es könne nicht angehen, dass ein Ratsbeschluss aufgrund fehlenden Personals nicht umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Drösemeier macht darauf aufmerksam, es sei angesichts der finanziellen und damit verbundenen personellen Situation der Stadt Köln mehr als fair, den Ausschussmitgliedern vorab mitzuteilen, dass bzw. wenn bestimmte Dinge nicht mehr umsetzbar seien.

Die Verwaltung bemühe sich nach besten Kräften, die Unterschutzstellung umzusetzen. Den Eindruck, die Umweltverwaltung wolle dies nach Möglichkeit gar nicht, weist Herr Dr. Drösemeier zurück, da sie selbst für diese Möglichkeit gekämpft habe.

Die Ressourcen in der Umweltverwaltung seien inzwischen derartig "zusammengeschmolzen", da Aufgaben nicht wegfielen, sondern im Gegenteil immer mehr Aufgaben hinzukämen. Dies werde jedoch nicht durch entsprechende Personalzusetzungen kompensiert. Herr Dr. Drösemeier nennt als Beispiel die Untere Landschaftsbehörde, wo inzwischen 5 Stellen nicht besetzt seien, deren Bedarf jedoch anerkannt sei.

Er bitte daher, die Ausführungen in der Beschlussvorlage nicht miss zu verstehen, sondern als einen rechtzeitigen Hinweis auf ein Umsetzungsproblem zu betrachten.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende über den Änderungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Beschluss ist um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen“.

Der entsprechende Vorbehalt in der Begründung soll gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend stellt sie den **so ergänzten Beschlusstext** zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 41 Abs. 1, Buchstabe f der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit den §§ 22 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz, 42 e Abs. 1 Landschaftsgesetz NRW und 27 Abs. 4 Ordnungsbehördengesetz NRW den Erlass der als Anlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über die einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals „Mittelterrassenkante in Müngersdorf“.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.11 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0253/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1303, Friedhöfe, bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002, Beschaffung beweglichen Vermögens um 143.000,- € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 451.000,- €.
2. Der Rat beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1303; Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2011 in Höhe von 143.000,- €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.12 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz
4959/2010**

Beschluss:

Die Stadt Köln verzichtet grundsätzlich auf die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes gemäß § 36 a des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.13 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See
5406/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.14 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen
für die Genehmigung von Veranstaltungen
0389/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt, bis die Bezirksvertretungen Chorweiler und Nippes darüber beschlossen haben.

**6.15 Bedarfsfeststellung Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung
0845/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales stellt den Bedarf zur Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen sowie des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.16 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz
0979/2011**

RM Herr Dr. Welpmann schlägt vor, den Beschlusstext insoweit zu ändern, als dass auch die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner an der Dienstreise teilnehmen können. Er begründet dies damit, dass – insbesondere im Hinblick auf die anstehende Bundesgartenschau in Köln – auch die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner die Chance haben sollten, an so einem Besichtigungstermin teilnehmen und ihre Sachkunde weiter ausdehnen zu können.

Nach einer weiteren Diskussion über eine von SB Herrn Arlt beantragte Kostenbeteiligung seitens der Ausschussmitglieder stellt die Ausschussvorsitzende zunächst den **geänderten Beschlusstext** (*ohne das Wort "stimmberechtigten"*) zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat genehmigt die Dienstreise der Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Grün am 06. Mai 2011 zum Besuch der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt sie den **Zusatztext** zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün sollen ihren eigenen Anteil zur Fahrt entrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion pro Köln.

**6.17 Beschaffung von 9 Schmalspurtraktoren
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanz-
planes
0241/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales wie folgt zu beschließen:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales erkennt den Bedarf für die geplante Ersatzbeschaffungsmaßnahme von 9 Schmalspurtraktoren an und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1303, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2011 in Höhe von 676.000,- €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.18 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG) 0925/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolgerin für Frau Secker auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein Westfalen e. V. als ordentliches Mitglied

Frau

Dorothea Erpenbeck

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.19 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung 0871/2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung in die nächste Sitzung vertagt.

6.20 Neubau Betriebshof Westfriedhof, Venloer Str. 1132, Köln-Vogelsang Baubeschluss 1135/2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt, da verfristet. Dringlichkeit wurde abgelehnt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Energiebericht 2010 0242/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2 Prüfung der Möglichkeiten zum Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus.
4953/2010**

Es wird über die von SB Herrn Dr. Albach aufgeworfene Frage diskutiert, ob es im Rheinpark Skulpturen von so hohem Wert gebe, dass sie unbedingt vor Vandalismus geschützt werden müssten, indem sie z. B. in den bewachten Skulpturenpark versetzt werden müssten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.3 Untersuchung von Quecksilberbelastungen bei Energiesparlampenbruch in Kooperation mit dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Erlangen/Nürnberg
0482/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.4 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten
0789/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Luftreinhaltung
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
1055/2011**

RM Herr Dr. Welpmann kündigt zur Thematik eine ausführliche Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der nächsten Ratssitzung an. Vorab weist er darauf hin, dass man die Antwort zu Frage 1 im letzten Absatz auf Seite 1 und 2 nicht als eine "Aufforderung zum Nichtstun" bis zum 31.12.2014 verstanden wissen wolle. Sowohl die Stadt Köln als auch die Bezirksregierung und andere Beteiligte seien gehalten, unverzüglich weiter daran zu arbeiten, die gesetzlichen Grenzwerte einzuhalten.

Herr Liebmann bestätigt, der Antrag auf Fristverlängerung habe in Brüssel nur Aussicht auf Erfolg, wenn vom Land Nordrhein-Westfalen entsprechend dargelegt werde, mit welchen Maßnahmen die Gebietskörperschaften, in denen der Luftreinhalteplan und damit auch NO₂ gelte, die Einhaltung dauerhaft ab dem Verlängerungszeitraum erreichen wollen.

Herr Liebmann beantwortet weitere Fragen der Ausschussmitglieder nach den Auswirkungen auf das Handwerk, nach der Validierung der Messdaten von 2010, nach weiteren konkret geplanten Maßnahmen und nach denen, die noch nicht umgesetzt sind.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.6 Chemie im Dialog
Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010
hier: Zusatzfragen aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 20.01.2011
1074/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)